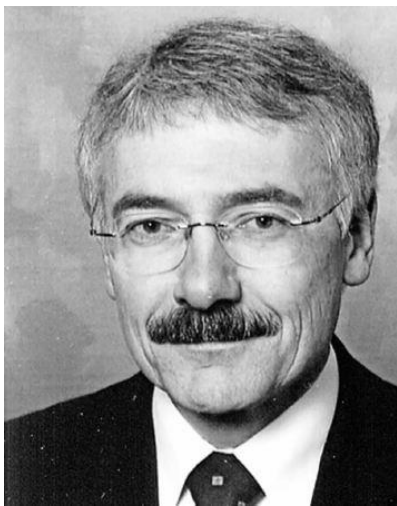


## Verwaltungsrechtler Schoch: Grüne blockieren Stiftungslösung

**BZ-INTERVIEW: Der Verwaltungsrechtler Friedrich Schoch wirft der Politik  
Blockadehaltung in Sachen SWR-Orchesterfusion vor.**



Friedrich Schoch Foto: privat



Mit Flashmobs in Freiburg kämpfen die Fusionsgegner gegen die „Mauer des Schweigens“.  
Foto: privat

Ministerpräsident Winfried Kretschmann fühlt sich nicht zuständig in Sachen SWR-Orchesterfusion. Intendant Peter Boudgoust beharrt auf der geplanten Zusammenführung der beiden großen Sinfonieorchester des Senders vom Herbst 2016 an in Stuttgart. Doch die Gegner kämpfen weiter gegen die verspürte "Mauer des Schweigens" von Rundfunk und Politik. Der Erfinder der Stiftungsidee, der Freiburger Verwaltungsrechtler Friedrich Schoch, erläutert BZ-Chefredakteur Thomas Hauser und BZ-Kulturchef Alexander Dick, weshalb.

**BZ:** Herr Schoch, Staatsministerin Silke Krebs beendete die Aussprache im Landtagsplenum zur SWR-Orchester-Fusion am 10. April mit einer Mahnung: "Wer das Orchester erhalten will, muss sich dringend darum kümmern, dass privates Kapital akquiriert wird." Nur dann gebe es die Möglichkeit für eine Stiftungslösung. Hat sie Recht?

**Schoch:** Die Staatsministerin hat das Modell der Zuschusstiftung bis heute nicht verstanden und hantiert mit falschen, überzogenen Zahlen. Dadurch soll offenbar ein Abschreckungseffekt erzielt werden. Richtig ist in der Sache die Anfang April getroffene Aussage von Wissenschaftsministerin Theresia Bauer, ebenfalls Grüne, dass die Fusionsentscheidung des SWR kulturpolitisch und künstlerisch grundfalsch ist. Redner aller Fraktionen haben diese Einschätzung in der Landtagsdebatte geteilt. Nun ginge es darum, Konsequenzen aus dem Befund zu ziehen. Das passiert augenblicklich nicht, weil vor allem Spitzenpolitikerinnen der Grünen blockieren. Die Staatsministerin arbeitet dabei, wie mir mehrere Persönlichkeiten der Grünen berichtet haben, nicht immer mit ganz feinen Mitteln. Diskutiert werde sogar, ob die Musikkunst des SWR-Sinfonieorchesters dem Kulturverständnis der Grünen entspreche. Da stockt einem fast der Atem.

**BZ:** Die politischen Lager sind uneins in der Fusions-Frage. Während die einen den SWR-Intendanten Boudgoust zur Rücknahme des Fusions-Beschlusses auffordern, verweisen die anderen auf die Staatsferne des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Wer hat Recht?

**Schoch:** Die Staatsferne des Rundfunks wird von interessierter Seite als eine Art "Totschlagargument" eingesetzt, um jede Diskussion im Keim zu ersticken. Zum Gesamtbild gehört auch, dass der SWR nach dem Gesetz eine gemeinnützige Anstalt des öffentlichen Rechts ist und insbesondere Beiträge zur Kultur anzubieten hat. Der Rundfunkrat hat die Interessen der Allgemeinheit zu vertreten und dabei der Vielfalt der Meinungen in der Bevölkerung Rechnung zu tragen. Die Entscheidung des SWR zur Orchesterfusion findet in der Bevölkerung keinerlei Akzeptanz. Soll das etwa folgenlos bleiben? Dass Kritik an dem Sender erlaubt ist, ist eine pure Selbstverständlichkeit. Auch die Politik darf sich zu Entscheidungen des SWR kritisch äußern.

**BZ:** Was könnte die Politik denn nach Ihrer Auffassung tun? Immerhin ist der SWR eine Zwei-Länder-Anstalt, und in Rheinland-Pfalz scheint das Interesse am Erhalt der beiden Orchester gegen Null zu tendieren.

**Schoch:** Das Land Rheinland-Pfalz hat zur Orchesterfusion keine Entscheidungskompetenz. Dasselbe gilt für das Land Baden-Württemberg. Insoweit greift die Rundfunkautonomie. Innerhalb des SWR liegt die Entscheidung, worauf ausweislich des Protokolls einer Sitzung des Hörfunkausschusses ausdrücklich hingewiesen worden ist, beim Intendanten; dieser werde aber nicht gegen die Gremien entscheiden. Zudem besteht eine "Öffnungsklausel"; vereinfacht ausgedrückt: sollte sich die Geschäftsgrundlage ändern, wird der SWR-Intendant neu nachdenken. Signalisierte das Land sein Interesse am Erhalt des SWR-Orchesters und seine Bereitschaft, an einer Lösung mitzuwirken, hätten wir eine Änderung der Verhältnisse. Deshalb ist es so wichtig, dass die vor allem vom Staatsministerium ausgehende Blockade beendet wird.

**BZ:** Gelten die Rahmenbedingungen zum Fusionsbeschluss heute noch?

**Schoch:** Nein. Die prognostizierten Mindereinnahmen sind beim SWR nicht eingetreten; die Umstellung von der Rundfunkgebühr auf den Rundfunkbeitrag hat zu erheblichen Mehreinnahmen geführt, auf die der SWR in der laufenden Beitragsperiode nur nicht zugreifen kann. Sodann hat sich die in einem simulierten Spielplan anvisierte Kapazität von 90 Konzerten des "Fusionsorchesters" als unrealistisch erwiesen. Ferner wird sich der behauptete Spareffekt nicht in dem gewünschten Maß einstellen. Gearbeitet wird an einer teuren Vorruhestandsregelung. Wie wird hier eigentlich mit dem Geld der Beitragszahler umgegangen? Die Beispiele ließen sich fortsetzen.

**BZ:** Der SWR behauptet auf Jahre hinaus weniger an Geld zur Verfügung zu haben. Wenn es stimmt: Was soll er tun?

**Schoch:** Keine Institution des öffentlichen Sektors in Deutschland ist seit Jahrzehnten finanziell so gut ausgestattet wie der öffentlich-rechtliche Rundfunk. Städte und Universitäten können von einer vergleichbaren Finanzausstattung nur träumen. Der SWR hat gehörige Einsparpotenziale zum Beispiel in den Verwaltungsstrukturen und im Produktionsbereich. Mitglieder des SWR-Verwaltungsrats, die öffentlich nicht genannt werden wollen, bestätigen dies ausdrücklich. Unlängst wurde gemeldet, beim SWR-Fernsehen sollen Einsparungen in Höhe von acht Millionen Euro vor allem durch kostengünstigere Produktionsformen erreicht werden. Auch der frei werdende Posten eines der beiden Chefredakteure soll nicht mehr besetzt werden. Die KEF fordert schon lange, dass nicht beim Programm, sondern in den anderen Bereichen gespart werden soll. Das ist in der Tat der richtige Ansatz.

**BZ:** Wäre das Unternehmen "Fusion" überhaupt noch aufzuhalten?

**Schoch:** Die Entscheidung zur Orchesterfusion ist kein Naturgesetz, sondern Menschenwerk; selbstverständlich kann sie noch aufgehoben werden. In den zentralen Punkten bewegt sich nichts. So findet der SWR für das "Fusionsorchester" offenbar keinen Chefdirigenten. Kein Dirigent von Rang und mit Charakter wird sich doch für die Leitung des in Aussicht stehenden Konstrukts von Technokraten hergeben. Schon wird von einem "pluralen Umfeld" fabuliert. Das ist eine künstlerische Bankrotterklärung.

**BZ:** So lange keine Signale der Finanzierung aus der Politik kommen, ist die Stiftung doch nicht zu leisten? Wie ist der aktuelle Stand Ihrer Bemühungen?

**Schoch:** Konkret zeichnet sich in Freiburg ab, dass der Gemeinderat dafür eintreten könnte, auf die Mieteinnahmen im Konzerthaus von über 300 000 Euro jährlich zu verzichten. Der Fraktionsvorsitzende der SPD im Landtag, Claus Schmiedel, hat mehrfach angedeutet, dass er sich ein finanzielles Engagement des Landes vorstellen könne. Von der Opposition im Land, CDU und FDP, ist kein Widerspruch zur Orchesterrettung zu erwarten. Auch hier zeigt sich, es hängt wesentlich an den Grünen. Vor diesem Hintergrund ist ein Finanzierungskonzept erarbeitet worden, das auf einen tragfähigen Kompromiss zielt: Der SWR halbiert die zunächst geforderte Einsparsumme von 5 auf 2,5 Millionen Euro; dies kann der Sender leisten. Für die externe Finanzierung der verbleibenden 2,5 Millionen Euro tritt zunächst das Land ein, aber nur als eine Art "Ausfallbürge"; Mittel, die zum Beispiel von Kommunen, der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft aufgebracht werden, wirken zu Gunsten des Landes und vermindern dessen Finanzierungslast. Am Ende könnte der Erhalt des SWR-Sinfonieorchesters das Land kaum mehr als eine Million Euro kosten, im Interesse etwa der Jugendmusikarbeit und der Versorgung der Bevölkerung in der Fläche. Zu möglichen Finanzierungsquellen sind bereits mehrere Vorschläge unterbreitet worden. Ein Beispiel: Aus dem Wettmittelfonds (Toto, Lotto) sind dem Land 2012 etwa 337 Millionen Euro

zugeflossen, 2013 waren es auf Grund der Systemumstellung im Mai 2013 etwa 363 Millionen Euro – ungeplant und unerwartet. Für 2014 wird ein weiterer Zuwachs erwartet, da die Systemumstellung das gesamte Jahr erfasst. Der politische Wille ist maßgebend, bei der Mittelverwendung Prioritäten zu setzen.

**BZ:** Warum kämpfen Menschen wie Sie so nachhaltig für den Erhalt des SWR-Sinfonieorchesters?

**Schoch:** Wir sind eine Kulturnation und sollten dies auch bleiben. Das SWR-Sinfonieorchester ist ein "Leuchtturm", der weltweit strahlt. Stuttgart soll in Zukunft weiter über drei A-Orchester verfügen, Freiburg und ganz Südbaden über keines? Banken, auch wenn sie nicht systemrelevant sind, werden gerettet. Ein Orchester mit globaler Strahlkraft hingegen soll geopfert werden?

– Friedrich Schoch (Jahrgang 1952) ist Professor an der Uni Freiburg und Direktor des Instituts für Öffentliches Recht.

Veröffentlicht in der gedruckten Ausgabe der Badischen Zeitung.  
von: Alexander Dick